

ANSCHLAG AUF ERFURTER SYNAGOGE

Als Boris Ramelow, damals Thüringens HBV-Landesvorsitzender (Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen – sozialreformistische Organisation von lohnabhängig Beschäftigten in eben jenem Wirtschaftssektor) 1997 die dubiose "Erfurter Erklärung" mit initiierte, deren manifeste Folge uns heute als rot-grüne Bundesregierung begegnet, mußte er noch eitel Freude zeigen, als Thüringens SPD-Chef und damaliger Innenminister Richard Dewes das Machwerk unterzeichnete. Mittlerweile in der Landtagsfraktion der PDS etabliert, kann er sich beruhigt zurücklehnen wenn sein parlamentarischer Geschäftsführer Werner Buse über die Schwierigkeiten der Konsensbildung im Landesparlament berichtet.

Was war, besser was ist passiert? Für alle, vorallem die im Text ausdrücklich benannten nochmal.

Am 20. April 2000 verübten drei Nazis aus Gotha und Neudietendorf einen Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge. Sie hinterließen im Vorgarten des Synagogenareals ein Bekenner-schreiben, in dem sie ihre Tat als eine "antisemitische" charakterisieren. Zuvor hatten sie zwei "Molotow-Coctails" an bzw. auf das Synagogengebäude geworfen. Beide waren in jedem Fall geeignet das Gebäude in Brand zu setzen, in dessen Obergeschoß sich noch bis vor kurzem die Wohnung des Vorsitzenden der Jüdischen Landesgemeinde Thüringens, Wolfgang Nossen befand. Und sie wollten die Synagoge anzünden. Einer der Täter bezieht sich in seinem Geständnis gegenüber der Erfurter Staatsanwaltschaft auf die Pogrome um den 9. November 1938 und bekennt eine antisemitische Grundeinstellung zu haben. Die Mitglieder der Jüdischen Gemeinde sind verunsichert.

AntifaschistInnen, aufgeklärte BürgerInnen und Polizei bewachen nach (!) dem Anschlag wechsel- und gleichzeitig die Synagoge und sich selbst. Partei- und (Frei-) StaatsfunktionärInnen kondolieren vorab beim Landesvorsitzenden. Der anerkennt jene hierzulande schon gängigen Betroffenheitsrituale, aber er differenziert auch deswegen, weil 1938, als die Erfurter Hauptsynagoge – an gleicher Stelle – von den Nationalsozialisten abgebrannt wurde, keine/r auch nur annähernd so etwas wie Betroffenheit vollzog.

Doch schon wenige Tage nach dem Anschlag bewegen sich die Diskussionen in und um Erfurt vom Charakter der Tat weg. Die Antifas echauffieren sich darüber, dass die Polizei "in alle Richtungen" ermittelt und auf Grund diverser Erkenntnisse dies auch "nach links" tue. Seitens der CDU-Regierung wird versucht darzustellen, dass es sich bei den Tätern um "verwirrte Jugendliche" handele und "Thüringen kein Aufmarschgebiet für Rechte" (beide Zitate von Ministerpräsident Bernhard Vogel) sei und bemessen die Tat am "Schaden für das Ansehen des Freistaates" (fast parteiübergreifende Formulierung). Die demokratischen SozialistInnen folgen dahingegen dankbar einer Initiative der Thüringer SPD,

die eine Sondersitzung des Landtages beantragt und durchsetzt die den Anschlag zum Thema hat. Ausser der Tatsache, daß Boris Ramelow, seine Fraktions- und Stellvertretende PDS-Bundesvorsitzende Gabriele Zimmer und weitere führende FunktionärInnen der ru.erneuerten Partei voller ehrlicher Betroffenheit – dies obwohl an ihren deutschen Wohnstätten noch nie ein Brandsatz "erfolglos" zerschellte – mit als Erste am Ereignisort voyerierten, zählt für die SozialistInnen der x-ten Generation die Geschlossenheit aller demokratischen Deutschen gegen jede Beschmutzung des Namens: besseres und normales Deutschland, nahezu alles. Ob sie die in der später verabschiedeten "Gemeinsamen Erklärung aller Fraktionen des Thüringer Landtages" konservierte Extremismuskroete nun schlucken oder nicht, letztlich geht es in ihrer internen Diskussion doch nur um diese und/oder die Etablierung im bunderepublikanischen Parteiklüngel. Dabei sein ist alles – PDS nach Sydney 2000. Am mörderischen Brandanschlag wird sich profiliert und wenn dabei die Fetzen fliegen, die Scheiben klirren, oder wie schon wenige Wochen zuvor in Erfurt geschehen, wieder ein jüdischer Friedhof geschändet wurde.

"Die Landtagssitzung hat das (sic.) gebracht, was ich von ihr erwartet habe. Zufrieden bin ich nicht, denn was mir fehlt, sind konkrete, präventive Maßnahmen gegen rechtsextreme Strukturen.", meint Wolfgang Nossen, am Abend des 3. Mai 2000 noch im Plenarsaal des Landtages. Eine Forderung, die er schon lange vor dem Anschlag auf das jüdische Gotteshaus erhoben hatte.

Und jenen Antifas die nur beleidigt einen Flunsch ziehen, wenn sie meinen zu Unrecht in den Verdacht gekommen zu sein, den Anschlag verübt zu haben, vergessen dabei, daß wer sich verteidigt, für die Anklagenden schon schuldig ist. "Linke machen sowas nicht", ist dabei das hirnrissigste aller Argumente.

"Fragt man, warum wir, wenn wir neue Instrumente gegen den Faschismus erforschen wollen, wir nicht unsere Aufmerksamkeit ebenso dem "potentiellen Antifaschisten" zuwenden, so lautet die Antwort, daß wir durchaus Trends studieren, die in Opposition zum Faschismus stehen, daß diese aber nicht als nur ein bestimmtes Denkmuster zu begreifen sind. Zentrale Bedeutung unter den Resultaten dieser Studie hat der Befund, daß Personen, die extreme Anfälligkeit für faschistische Propaganda zeigen, sehr vieles gemeinsam haben. (Sie weisen zahlreiche Charakteristika auf, die sich zu einem Syndrom verbinden, wenn auch innerhalb dieser Hauptstruktur typische Abweichungen zu erkennen sind.) Personen, die den Faschismus stark ablehnen unterscheiden sich viel deutlicher voneinander."

(Theodor W. Adorno "Studien zum autoritären Charakter"; suhrkamp taschenbuch wissenschaft 1182; 1995, Seite 1 ff)

andrew

Entschließungsantrag der CDU, SPD und PDS zum Antrag der Fraktion der SPD -Drucksache 3/604 -

Brandanschlag auf die Synagoge in Erfurt

„Gemeinsame Erklärung aller Fraktionen des Thüringer Landtages“

Der Thüringer Landtag verurteilt einmütig den Anschlag auf die Erfurter Synagoge vom 20. April 2000. Die Tat jugendlicher Rechtsextremisten hat über die Grenzen Thüringens und Deutschlands hinaus Empörung und Abscheu ausgelöst. Die Mitglieder des Landtages versichern der jüdischen Landesgemeinde und allen Bürgern jüdischen Glaubens in Thüringen ihre Solidarität und ihre Anteilnahme. Sie sind sich einig, dass sich eine solche verbrecherische Tat blinden Hasses nicht wiederholen darf.

Die rechtsextreme Tat hat auch dem Ansehen Thüringens schweren Schaden zugefügt. Die Reaktionen auf den Anschlag haben aber deutlich gemacht, dass die Täter keinen Rückhalt in der Bevölkerung des Freistaats besitzen. Die sichtbaren Bekundungen der Solidarität vor der Erfurter Synagoge und während des Festes „Unser buntes Haus Weimar sind ermutigende Beispiele dafür.

Der Thüringer Landtag begrüßt die schnelle Aufklärung des Anschlags durch die Thüringer Behörden.

Dieser Anschlag macht erneut bewusst, dass der Bekämpfung des politischen Extremismus höchste Aufmerksamkeit geschenkt werden muss: Extremismus ist eine Gefahr für die Demokratie und eine Herausforderung für alle demokratischen Kräfte im Freistaat.

Der Thüringer Landtag ist sich bewusst, dass extremistische Tendenzen nicht von heute auf morgen zu beseitigen sind. Dem extremistischen Gedankengut muss aber mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden.

Konzepte zur Vermeidung von Extremismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt konsequentes staatliches Handeln und die Zivilcourage aller Demokraten sind notwendig.

Die Aktivitäten extremistischen Gruppierungen müssen aufmerksam beobachtet und neue Entwicklungen erkannt werden. Extremistischen Straftätern gilt eine konsequente Verfolgung und Bestrafung. Die Einheit aus Prävention und Repression bietet die besten Chancen, den Gefahren des politischen Extremismus erfolgreich und effektiv entgegenzuwirken.

Eltern, Lehrer und Erziehungsberechtigte haben eine besondere Verantwortung, sie sind aufgefordert, durch Information und Aufklärung extremistischen Tendenzen vorzubeugen. Es geht darüber hinaus auch um Zuwendung um Annahme und Stärkung der Persönlichkeit junger Menschen, damit Extremisten mit ihren gefährlichen Einflüssen erfolglos bleiben.

Wir unterstützen alle Schritte mit denen politischer Extremismus durch Maßnahmen zur inneren Sicherheit, zum Schutz der Verfassung und zur Intensivierung der Jugend-, Bildungs- und Sozialarbeit künftig wirksamer verhindert wird.